

Vortrag am 15. Dezember 2011

### **Johann Knief (1880-1919)**

*Wer an den Kämpfen des Lebens teilnimmt mit vollem Einsatz seiner Kräfte, der hat doch wohl nicht ganz umsonst gelebt, auch wenn sein irdisch Werk hinfällig ist und umsonst gewesen zu sein scheint. (Klaus Mann)*

Dieser Satz gilt m. E. für Hunderttausende, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einer Arbeiterbewegung verschrieben haben, die nach einer von Ausbeutung und Kriegen freien Gesellschaft strebten, also nach einer Alternative zur profitgesteuerten, kapitalistisch verfassten Ordnung. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist festzustellen, dass sie weder mit reformistischen noch mit revolutionären Konzepten zum Zuge kamen. Es gibt keinen, wie immer geformten, demokratisch verfassten sozialistischen Staat, der die Ideale der Altvorderen verkörpern könnte. Und doch: Wenn sich heute alternative Kräfte neu sammeln und zu formieren suchen, dann in einer kapitalistischen Gesellschaft, deren konkreter Beschaffenheit im Positiven wie im Negativen die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte Stempel aufgedrückt hat.

Ich beziehe den eingangs zitierten Satz ausdrücklich auf einen Mann, dessen Namen in der Historiographie der Arbeiterbewegung zwar immer wieder genannt ist, über den aber im Vergleich zu anderen Führungsgestalten weniger publik wurde. In Bremen am 20. April 1880 geboren und in Bremen am 6. April 1919 noch nicht 39 Jahre alt gestorben, ist er trotz dieser Bodenhaftung weit mehr als eine Gestalt der Stadtgeschichte Bremens oder der Regionalgeschichte Nordwestdeutschlands. Er war ein Mann aus der ersten Reihe in der Geschichte der *deutschen* Arbeiterbewegung: Johann Knief.

Als er jung verstorben war, hieß es in einem wohl von Fritz Heckert geschriebenen Nachruf: „Als Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg uns genommen waren, da drückten wir uns schweigend die Hände und irgendjemand sagte: Johann Knief.“ Knief sei als Mensch, als Publizist, als Wissenschaftler und Revolutionär ein Eigener gewesen, eine Persönlichkeit, ein Kritiker und Wegeweiser. Sieht man vom Pathos ab, das Nachrufen häufig eigen ist, so zeigt sich doch: Knief galt als einer aus der ersten Reihe, als Hoffnungsträger der linken Strömung in der Arbeiterbewegung.

Dennoch, die Geschichtswissenschaft nahm nur spärlich Kenntnis von diesem Mann. Zum Teil ist dies erklärbar aus der geringen Zeitspanne von nur einem guten Jahrzehnt exponierten Wirkens. In der DDR äußerten sich zuerst Karl Drechsler und Günter Benser über Knief und die Bremer Linken. Ich schrieb 1966 meine Dissertation über die Genesis der politischen Auffassungen Kniefs. Aber eine Geschichte der Bremer Linken und die Biographie Kniefs wurden nie zu einem wesentlichen Thema, vor allem auch deswegen nicht, weil befürchtet wurde, ihre stärkere Herausstellung könnte die vorgezeichnete Linie der Parteigeschichtsschreibung verletzen, nach der sich die SED in der Tradition der deutschen Linken sah, die vom Spartakusbund geprägt war. So habe ich mich spät an

den Versuch gemacht, die Biographie von Johann Knief ausführlich darzustellen und dabei meine Jahrzehnte alten Arbeitsergebnisse einer kritischen Revision zu unterziehen. Das Ergebnis liegt seit dem Frühjahr 2011 in dem Buch „Johann Knief – ein unvollendetes Leben“ vor. Es ist eine bewusst alle Facetten der Persönlichkeit erfassende Lebensbeschreibung des Mannes, die Lebensgeschichte des Kopfes einer der Quellgruppen der KPD, die ihre widersprüchlichen Positionen in die ursprünglich höchst pluralistische kommunistische Partei einbrachten und damit die Entwicklung des Kommunismus in Deutschland beeinflussten. Sie teilten den allen Kommunisten eigenen Revolutionarismus, vertraten aber eine Parteiauffassung, in der innerparteiliche Basisdemokratie vor zentralistischer Führung rangierte. Es ist kein Zufall, dass sich die Mehrheit der namhaften Anhänger Kniefs 1928/29 als so genannte „Rechte“ in der Kommunistischen Partei-Opposition befanden.

Johann Knief wuchs als drittes von fünf Kindern im Haushalt eines kleinen Bremer Kramwarenhändlers auf, also im ärmeren kleinbürgerlichen Milieu der zur Industrie- und Werftenstadt mutierenden hanseatischen Handelsmetropole an der küstennahen Weser. Deren Bevölkerungszahl wuchs rasch, insbesondere wegen des Zustroms zehntausender Arbeiter.

Im Hause Knief kam Politisches so gut wie nicht vor. Ostern 1887 kam der zu unbedingtem Gehorsam erzogene Johann in eine kirchliche Volksschule, ein stiller, fleißiger und ehrgeiziger Schüler, der bereits nach wenigen Wochen Klassenerster war. Aber sein Ehrgeiz, dies auch zu bleiben, hatte Schattenseiten. Seine Mitschüler sahen und behandelten ihn als Günstling des Lehrers. Die entstehende Mischung aus Ehrgeiz und Gerechtigkeitssinn brachte Misstrauen hervor. So habe sich, so Knief später, bei ihm früh ein „eigentümlicher Zug“ entwickelt: „Ich merkte, wie es eng in mir war, zu reinen Kinderfreuden bin ich selten gekommen. Ich beobachtete viel zu sehr mein Verhältnis zu den Menschen und die Verhältnisse in mir. Aus meinem ersten Schulerlebnis habe ich gelernt, dass es besser ist, eine Position zu erringen als sie verteidigen zu müssen.“ Als Vater Knief seinen Sohn 1893 auf eine staatliche Schule umschulte, verlor Johann seine Stellung als Klassenprimus. Er musste sich in ein neues Schulumilieu schicken, in dem der vormalige Musterschüler nach neuen Mitteln suchte, wieder zu Autorität unter seinesgleichen zu kommen. Er versuchte es mit Streichen und Rüpeleien, aber vergebens. Wegen seiner von den Eltern verordneten merkwürdigen Kleidung wurde er gar als Hanswurst der Klasse gehänselt und verspottet. Johanns früh aufkommender Hang zu einer gewissen Introvertiertheit verstärkte sich. „Es war schon so früh eine große Einsamkeit um mich her“, bekannte er später. „Hier bei meiner Schulkrisis war der erste Meilenstein meiner inneren Entwicklung.“ Diese Prägungen an der Wende von Kindheit zur Jugend sollten für Kniefs Entwicklung mitbestimmend werden.

Ostern 1895 endete die Volksschulzeit mit der Konfirmation. Kniefs Wunsch, eine höhere Schule zu besuchen, zerbrach an der Mittellosigkeit der Eltern. Vater diktierte ihm den Beruf des Volksschullehrers, der in kleinbürgerlichen Familien hoch im Kurs stand, weil er einen bescheidenen sozialen Aufstieg mit einer relativ gesicherten sozialen Existenz verband. Der gehorsame Sohn unterdrückte seine Opposition gegen die Berufstätigkeit in einem Schulwesen, dem er gerade erst mit einem gebrochenen Verhältnis entkommen war. Am 1. April 1895 bezog er für sechs Jahre das Bremische Lehrerseminar.

Der zunächst unauffällige, fleißige Seminarist mit gutem Betragen geriet nach einem Jahr unter das Regime des neuen Seminardirektors Otto Uhlhorn, der in dem relativ liberalen Schulsystem Bremens zu einer Symbolfigur für die „Verpreußung“ des Unterrichts, für die kommisshafte Behandlung der Zöglinge und die dogmatische Ausrichtung des Religionsunterrichts wurde. Knief opponierte. Seine Distanz zur offiziellen Aufgabe des Religionsunterrichts, die „Geschichte des Reichs Gottes zu vermitteln und das religiös-sittliche Leben der Kinder zu wecken und zu pflegen“, trug ihm bei einer Probelektion den Vermerk ein, ihm fehle es „augenscheinlich an der eigenen Herzenswärme“. Seine Zensuren gerade in den Lieblingsfächern verschlechterten sich. Die plangerechte Aufgabe des Geschichtsunterrichts, „die Schüler mit den denkwürdigsten Begebenheiten und den hervorragenden Persönlichkeiten des deutschen Volkes und der wichtigsten Kulturvölker vertraut zu machen“, vermochte seinen kritischen Geist und seine erwachende wissenschaftliche Neugier nicht zu befriedigen. Er las die im Seminar verpönten Schriften von Darwin, Haeckel und Boelsche. Das waren seine ersten Schritte zu einer – zunächst monistisch bestimmten – materialistischen Weltanschauung.

Doch Knief gefährdete seinen guten Abgang vom Seminar nicht. Unzufriedenheit mit dem Geist und dem Unterricht des Seminars hinderten ihn nicht, in dieser Anstalt ein umfangreiches Wissen zu erwerben und seine beachtlichen musischen Talente zu entwickeln. Er sang ausgezeichnet und beherrschte vorzüglich das Violinspiel. Im Seminar entstand seine tiefe innere Bindung zur Musik und zum gesprochenen Dichterwort. Das prägte nicht nur seine Arbeit als Lehrer, sondern auch seine späteren Opern- und Konzertkritiken für die „Bremer Bürger-Zeitung“, sein Wirken als hochgeschätzter Rezitator in vielen sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und Jugendveranstaltungen, als Leiter eines Arbeitergesangvereins und Partner der Hausmusik bei Anton Pannekoek.

Sein „rebellischer Geist“, schrieb er 1918, habe am Ende seiner Seminarzeit nur „unter der Form der Ordnung und Gesetzlichkeit“ existiert. Nur „sehr langsam und unter großen Schmerzen“ habe er sich aus seiner „bürgerlichen Hülle“ befreit. Seinem Biographen riet er, niemand solle bei ihm nach „sozialistischen Spuren“ in seiner Jugend suchen. Sein Hang zu selbstzerstörerischem Grübeln und das Fehlen von Bezugspersonen, denen er

uneingeschränktes Vertrauen entgegenzubringen vermochte, prägten im jungen Knief charakterliche Züge aus, die ihm sein kurzes Leben schwerer machen sollten als nötig.

Ostern 1901 begann Kniefs zehnjährige Laufbahn als Volksschullehrer. Seine wachsende Distanz zum offiziellen Schulsystem drückte er 1903 in seiner zweiten Lehrerprüfung durch eine Art „Dienst nach Vorschrift“ aus. Seine Zensuren lagen unter seinen Fähigkeiten. Sein Prüfungsaufsatz galt als „schwache Arbeit“, weil ihn darin mehr die Wirkungen der sozialen Situation der ärmeren Volksschulkinder auf den pädagogischen Prozess als die geforderte Exegese eines pädagogischen Leitsatzes interessierten. In der Schulpraxis galt Knief als Lehrer mit hohem pädagogischem Geschick, der bei seinen Schülern sehr beliebt war. Er studierte sorgfältig das proletarische Milieu der Kinder durch zahlreiche Elternbesuche, die er sorgfältig protokollierte.

Wie viele junge Menschen mit wachem Intellekt spürte Knief die gravierenden gesellschaftlichen Widersprüche, die sich um die Jahrhundertwende herausbildeten und die sich nicht nur in Kunst und Literatur artikulierten, sondern auch im neuen Nachdenken über Konsequenzen für Bildung und Erziehung. Sehr schnell fand er daher den Weg in die damals in Deutschland am weitesten fortgeschrittene Schulreformbewegung, in die von Fritz Gansberg und Wilhelm Scharrelmann inspirierte „Tafelrunde der Produktiven“ im Bremischen Lehrerverein. In ihrem Kern linksliberal, wies sie in ihren Forderungen nach Trennung von Schule und Kirche, nach Einheits- und Arbeitsschule sowie nach einer durchgreifenden Demokratisierung des Schulwesens eine hohe Affinität zu den schul- und bildungspolitischen Zielen der Sozialdemokratie auf. Der von den Linken dominierte Sozialdemokratische Verein Bremen und seine „Bremer Bürger-Zeitung“ waren entschiedene Verbündete der Lehrer, als diese gegen das autoritäre und dogmatische Schulregime aufbegehrten und mit einer spektakulären Kampagne zur Abschaffung des Religionsunterrichts deutschlandweites Aufsehen erregten. Hier fand Knief sein erstes politisches Betätigungsfeld. Seinem Prinzip folgend, jede Halbheit abzulehnen und jeden Konflikt bis zur äußersten Konsequenz auszutragen, schloss er sich dem linken Flügel der Reformbewegung an, der von einer Gruppe sozialdemokratisch organisierter Lehrer um Wilhelm Holzmeier und Emil Sonnemann angetrieben wurde. Knief wurde Mitglied der SPD. Ein Gruppenbild von 1905 zeigt ihn bereits inmitten der damals führenden Radikalen der Bremer Parteiorganisation, darunter Wilhelm Pieck, Heinrich Schulz, Alfred Henke, Wilhelm Holzmeier.

Heinrich Eildermann gründete innerhalb des Lehrervereins einen „Verein junger Lehrer“, eine politische und organisatorische, gewissermaßen fraktionelle Heimstatt für die sozialdemokratischen Lehrer. Knief arbeitete aktiv mit, denn hier wurden „die sozialistischen Probleme aufs eingehendste erörtert“; hier empfing er die Anregung zu erster marxistischer Lektüre, die mit Friedrich Engels' Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ begann. „Von da an“, schrieb Knief, „trat

das sozialistische Problem für mich immer mehr in den Vordergrund.“ Mehrfach trat er als Sprecher des „Vereins junger Lehrer“ in den Versammlungen der Bremer Lehrerorganisation auf. Als Repräsentant ihres linken Flügels, den man „Jakobiner“ nannte, trug Knief den Spitznamen „Marat“. Rasch gewann er an Autorität. 1906 wurde er in den Vorstand des Bremer Lehrervereins gewählt. Immer mehr fühlte er sich von der kämpferischen Arbeiterschaft Bremens angezogen, die nach der Jahrhundertwende heftige soziale Streikkämpfe gegen die Unternehmer der Großbetriebe, besonders auf den Werften, austrug. Der Historiker des Bremer Schulwesens Hinrich Wulff schrieb, damit auch Kniefs Situation als Lehrer treffend charakterisierend: „Gerade die Lehrer erlebten an ihren Schulkindern die harten Folgen solcher Streiks, Ausstände und Entlassungen der Familienväter besonders anschaulich, und sie wurden dadurch unmittelbar angeregt, über die ökonomische Lage der arbeitenden Klassen nachzugrübeln. Leicht war dann der innere Schritt vom Nachdenken über die Ursachen dieser heftigen Wirtschaftskämpfe zur Sympathie mit den schwer Kämpfenden.“ Und zugleich erlebten die Lehrer die Solidarität der Sozialdemokratie für ihre eigenen Kämpfe. Als Autor der Bremer Lehrerzeitschrift „Roland“ reflektierte Knief diesen Zusammenhang von Artikel zu Artikel deutlicher, bis er schließlich die Schulkämpfe offen in den Kulturkampf zwischen Kapital und Arbeit einordnete und erklärte, die Schulreform könne nur als Teil der revolutionären Bewegung der Sozialdemokratie erfolgreich sein. Misserfolge der Schulreformer und die disziplinarische Verfolgung ihrer entschiedenen Vertreter untergruben Kniefs nervliche Gesundheit. Zum ersten Mal zeigte sich, dass der sensible, musisch veranlagte Mann Niederlagen nur schwer verkraften konnte. Mit der Diagnose Neurasthenie wurde er für drei Monate vom Schuldienst suspendiert. Er nutzte die Zeit, um zu heiraten. Aus der Ehe gingen 1910 und 1914 zwei Söhne hervor, die beide Opfer des Zweiten Weltkrieges wurden. Als sein Versuch fehlschlug, im Lehrerverein eine „Sektion für wissenschaftlichen Sozialismus“ einzurichten, kehrte er dem Lehrerverein den Rücken und verstärkte stattdessen seine politischen und journalistischen Kontakte in die Bremer Parteiorganisation. Er besuchte die Bildungskurse von Hermann Duncker und Anton Pannekoek und begann, selbst in der sozialdemokratischen Bildungs- und Kulturarbeit aktiv zu werden. Die Vertreibung des Sozialdemokraten Holzmeier aus dem Schuldienst, die Vorgänge um das legendäre Telegramm der Bremer sozialdemokratischen Lehrer zum 70. Geburtstag August Bebels, an dessen Entstehung Knief maßgeblich beteiligt war, die danach einsetzende Razzia gegen sozialdemokratische Lehrer und die unmissverständliche Warnung des Bremer Senats vor unzulässiger Beteiligung von Beamten an sozialdemokratischen Veranstaltungen veranlassten Knief, im Herbst 1911 seine Entpflichtung zu beantragen. Er begründete sein Gesuch mit dem Konflikt zwischen den Pflichten seines Berufs und seiner Weltanschauung.

Am 1. November 1911 trat Knief als zweiter politischer Redakteur in die von Alfred Henke geleitete Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung“ ein, in der er zugleich als Konzert- und Musikkritiker an den sozialdemokratischen Debatten über die Rezeption der bürgerlichen Kunst durch die Arbeiterbewegung teilnahm. Das Blatt besaß als Sprachrohr der Linken in der SPD überregionale Bedeutung. Zu ihren Autoren gehörten Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Anton Pannekoek, Karl Radek und Julian Marchlewski. Den größten ideellen Einfluss auf Knief übten Pannekoek, seit 1910 in Bremen, und Radek aus, der seit 1912 dort ansässig wurde. Knief identifizierte sich mit Pannekoeks Konzept der sich bis zum Entscheidungskampf steigernden politischen Massenstreiks und mit Radeks imperialismustheoretischen Überlegungen und Konsequenzen.

Henke, 1912 in den Reichstag gewählt, nun eher auf Ausgleich denn auf Zuspitzung der innerparteilichen Debatten programmiert, versuchte vergeblich, Kniefs kompromisslose Orientierung auf die äußerste Parteilinke zu bremsen. Beide gerieten notgedrungen aneinander, so z. B. in Bezug auf die Haltung der Reichstagsfraktion der SPD zur Wehr- und Deckungsvorlage, in der Massenstreikfrage und erst recht während der Kampagne des Parteivorstandes gegen die Mitgliedschaft Radeks in der deutschen Partei und in ihrem Bremer Ortsverein. Dies war ein frühes Wetterleuchten der späteren Kontroversen zwischen der Parteilinken und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bzw. USPD. Seinen politischen Standort am Vorabend des Krieges kennzeichnete er selbst mit den Worten: „Henke... vertrat den Standpunkt des Parteizentrums , während ich den Standpunkt der Linksradiكالen unter der Führung von Rosa Luxemburg und Anton Pannekoek einnahm.“ Er grenzte sich also von den kompromissbereiten Radikalen ab. Kniefs Begriff des Linksradikalismus hatte also ursprünglich nichts mit jenem zu tun, der später an kommunistischen Parteien kritisiert wurde: Züge von Anarchosyndikalismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit, besondere Gewaltbereitschaft, extremes Sektierertum usw. Am Vorabend des Krieges war Knief der unbestrittene Kopf der die Bremer Parteiorganisation dominierenden Linken, besonders populär bei den Werftarbeitern und in der sozialdemokratischen „Jungen Garde“.

Wie zahlreiche andere linke Sozialdemokraten war auch Knief bevorzugt, sich bereits am Beginn der Mobilmachung zum Ersten Weltkrieg bei seinem Truppenteil zu stellen. Als Einjährig-Freiwilliger 1903/1904 zum Unteroffizier ausgebildet, zog der Kriegsgegner nun als Vizefeldwebel mit der Bagage des Reserve-Infanterie-Regiments 75 gen Westen. Bei Noyon erlebte er das Grauen eines bis dahin unbekanntem industrialisierten Krieges. Er schrieb erschütternde Briefe an seine politischen Freunde in Berlin. Er war zunächst noch voller Hoffnung, elementarer Zorn gegen die Politik des 4. August und gegen den Burgfrieden würde, gepaart mit Entrüstung über das Völkermorden, revolutionären Aktionen eine Bahn brechen. Er setzte große Erwartungen in die rasche Sammlung und Aktionsfähigkeit der Linken in der Partei, wie aus seinen Briefen von der Front an seinen

Freund Rudolf Franz in Berlin hervorging, dem er seine Grüße an Mehring, Rosa Luxemburg, Hermann Duncker und die anderen im Steglitzer „Eisbrecher“-Kreis auftrug. Doch die Illusionen gingen an der Front in einem neuerlichen Nervenzusammenbruch unter. Knief wurde am 23. Oktober 1914 nach Bremen transportiert, fast vier Monate klinisch behandelt und anschließend zur Rekonvaleszenz in das niedersächsische Dorf Wedehorn geschickt. Fortschritte und Rückschläge in seiner Genesung führten zu einem steten Wechsel seiner politischen Einschätzungen. Hoffnungen auf ein rasches Wachstum der Antikriegsbewegung waren immer wieder von depressiven Stimmungen überlagert. Seine Urteile wurden undifferenziert; Hass und Verdikte überwogen differenzierte Analyse. Sein Zorn wuchs umso mehr, als ihm die Bremer Parteiinstanzen die Fortzahlung seines Redakteurgehalts verweigerten, er aber wegen der Lazarettkosten in materielle Not geraten war. Politische Opposition, Wirkungen des Nervenleidens und persönliche Kränkung verschmolzen zeitweilig zu einer feindseligen Haltung gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, die vor allem von Hass auf die Organisationsbürokratie geprägt war. Knief verstieg sich zu der Erklärung, der schlimmste Feind der Arbeiterschaft sei „nicht der kapitalistische Staat, sondern ihre reaktionären Organisationen“. Hier sei „der Kampf der nächsten Zukunft zu führen. Mit diesem Bollwerk des kapitalistischen Staates fallen die Bastionen und Türme wie von selbst.“ Zeitweilig verlor er das Vertrauen in die Arbeiter. Er beklagte deren „politische Unreife“ und die Schwäche der sozialistischen Kriegsgegner. „Ja du lieber Gott“, schrieb er, „wer sind denn wir – und wer sind die andern? Wir sind zunächst ein kleines Häuflein, eine Minorität, wie sie geringer kaum gedacht werden kann.“ Das Wörtchen „zunächst“ zeigte aber Rückwege zu historischem Optimismus. Knief gewann ihn aus der Lektüre der „Internationale“, aus dem Offenen Brief sozialdemokratische Kriegsgegner vom Juni 1915, den er unterzeichnete, und durch seine Mitarbeit an den „Lichtstrahlen“ Julian Borchardts.

Ab Oktober 1915 konnte Knief wieder persönlich in das politische Geschehen eingreifen. Er tat dies vor allem durch sein Richtung bestimmendes Auftreten an der Spitze des parteioppositionellen Diskussionszirkels der Linksradikalen in der Bremer Parteiorganisation und durch sein neuerliches Wirken als politischer Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“. Radek und er nutzten ihre Spalten, um die Positionen der Zimmerwalder Linken gegen die offizielle Parteipolitik im Kriege und immer nachdrücklicher auch gegen die von ihnen als inkonsequent kritisierte Opposition des Parteizentrums darzustellen. In der Entschiedenheit dieser Kritik unterschieden sie sich von der Spartakusgruppe. Dies zeigte sich nicht zuletzt am Auftreten Kniefs während der illegalen Zusammenkunft der Linken bei Karl Liebknecht am 2. Januar 1916 in Berlin. Danach erst recht konstatierten die Bremer die faktische Spaltung der Partei und

formulierten ihre Thesen für den 1916/1917 heiß umkämpften Fragenkomplex Einheit der Partei – Spaltung der Partei – Gründung einer selbständigen Partei der Linken.

Am 15. Mai 1916 schrieb Knief in der BBZ: „Es ist Tatsache, dass die Parteieinheit nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Die Spaltung wird und muss kommen... Die Organisation der sozialdemokratischen Partei umfasst heute schon gegnerische Parteien, und das Band ist nur deshalb noch nicht gesprengt, weil der innere Kampf noch nicht entschieden ist. Und dieser Kampf geht um die Köpfe der Parteigenossenschaft und ihre Machtmittel, den Organisationsapparat und die Presse.“

In Bremen war dieser Kampf noch vor Jahresende 1916 entschieden. Sukzessive verdrängte die linke Mehrheit die vorstandstreuen Funktionäre aus den Ämtern. Schließlich sperrte sie dem Parteivorstand im Dezember die Mitgliedsbeiträge. Dieser reagierte mit dem Ausschluss des Sozialdemokratischen Vereins Bremen aus der Partei, gründete mit der Minderheit einen neuen Ortsverein und übertrug die Verantwortung für die BBZ an eine ihm genehme neue Redaktion. Knief wurde entlassen. Zeitweilig existierten in Bremen drei sozialdemokratische Zeitungen und – nimmt man die spätere Gründung einer USPD-Ortsgruppe hinzu – drei sozialdemokratische Parteiorganisationen. In Bremen war vorweggenommen, was für die Arbeiterbewegung im Reich erst 1917/1918 charakteristisch wurde. Diese Tatsache bildete den wichtigsten Hintergrund für das weitere Agieren Kniefs.

Bereits im Juni 1916 hatte er gemeinsam mit Paul Frölich das neue Organ der Linksradiكالen, die Wochenschrift „Arbeiterpolitik“, aus der Taufe gehoben. Sie propagierte von Anfang an den organisatorischen Bruch mit der Partei des 4. August und appellierte an die Spartakusgruppe, dieses Thema gleichfalls offen zu erörtern. Insofern war Knief einer der ersten Vorreiter für die spätere Gründung der KPD. Seine Gesellschafts- und Parteikritik war weitgehend an Lenins Schriften „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ und „Sozialismus und Krieg“ angelehnt. Die meisten Grundsatzartikel der „Arbeiterpolitik“ bezog Knief von Karl Radek aus der Schweiz. Knief forderte Massenaktionen gegen den Krieg und kritisierte das Festhalten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag an einer im Wesentlichen parlamentarischen Kampfweise. Eine sozialistische Fraktion müsse die Parlamentstribüne für die Aufklärung über ihre Ziele nutzen und für Reformen kämpfen, die den unmittelbaren sozialen und politischen Interessen der Arbeiter dienten. Das aber sei ohne außerparlamentarische Aktionen unmöglich. Wörtlich: „Der Kampf der Fraktion im Parlament und die Willenskundgebungen der Arbeiter müssen sich so gegenseitig stützen und fördern.“

Im August 1916 erwog Kniefs Wochenschrift erstmals die „Möglichkeit und Notwendigkeit der Aufrichtung eines eigenen Hauses für den proletarischen Sozialismus, der Schaffung einer sozialistischen Partei, die die Politik des Linksradikalismus führen wird“. Kern eines solchen Zusammenschlusses, so hieß es, müsse die Spartakusgruppe sein. Als der

Parteiausschuss im Januar 1917 die gesamte Opposition aus der SPD ausschloss, verwarf Knief seinen Standpunkt, mit der Bildung einer solchen Partei zu warten, bis die radikale Opposition die Mehrheit der oppositionellen Sozialdemokraten für sich gewonnen hätte. Aus der Tatsache, dass die Spaltung irreversibel sei, ergebe sich die Notwendigkeit, die „oppositionellen Organisationen und Gruppen zu einer neuen, proletarischen Partei zusammenzufassen und diese mit dem Namen ‚Internationale Sozialistische Partei Deutschlands‘ nach gründlicher Vorbereitung unter Federführung der Spartakusgruppe zu konstituieren.“ Knief verhandelte diesen Vorschlag in Berlin mit führenden Vertretern der Spartakusgruppe, ohne sie zu überzeugen. Spartakus schloss sich bekanntlich im April 1917 organisatorisch der USPD an, die Bremer Linken und ihre Anhänger in anderen Städten nicht.

Die danach in der „Arbeiterpolitik“ zu beobachtende Konfusion in der Organisationsfrage, die auch die anarchosyndikalistische Idee einer Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaften einschloss, konnte Knief nicht mehr unmittelbar beeinflussen.

Um einer drohenden Verhaftung oder erneuten militärischen Einberufung zu entgehen, wohl aber auch, um seine indessen zerrüttete Ehe hinter sich zu lassen, ging er mit seiner neuen Lebensgefährtin Charlotte Kornfeld Ende April 1917 in die Illegalität. Nach dem gescheiterten Versuch, zu Pannekoek nach Holland zu gelangen, hielten sich beide zunächst in Berlin, dann in München und Umgebung auf, wo sie u. a. von Erich Mühsam unterstützt wurden.

Knief war empört über die Organisationsliaison Spartakusgruppe-USPD. Der Versuch seiner politischen Freunde, in Berlin im August 1917 eine linkssozialistische Partei zu gründen, misslang gründlich. Er war enttäuscht über das Ausbleiben eines erfolgreichen Aufbegehrens der deutschen Arbeiter gegen den Krieg und zur Unterstützung der russischen Revolution. Erneut haderte er mit den Arbeitermassen, von deren spontanem Handeln im Ernstfall er so viel erhofft hatte. Nun schalt er sie, weil an ihnen aller Fortschritt scheitere.

Erst die russische Oktoberrevolution änderte seine Stimmung. Er begrüßte den Sieg der Bolschewiki enthusiastisch. „Eine dringende Notwendigkeit“ überschrieb er einen Artikel für die „Arbeiterpolitik“, worin er seine Forderung nach einer selbständigen Partei der Linken wieder aufnahm, an die Spartakusgruppe appellierte, sich von der USPD zu trennen und aus den bestehenden linken Organisationen und Gruppierungen eine eigene Partei zu bilden. Als „Karl Liebknecht redivivus“ rief er auf, die russische Revolution durch die Revolution in Deutschland zu unterstützen.

Im Januar 1918 kam die Polizei den lange gesuchten Illegalen am Ammersee auf die Spur. Knief wurde am 30. Januar verhaftet und zur „Schutzhaft“ nach Berlin in die Stadtvogtei überstellt, später nach erneuter Erkrankung in einem Charlottenburger Nervensanatorium unter Arrest gehalten. Am 9. November 1918 gaben ihm, wie auch

einem anderen prominenten Insassen, Hans Paasche, revolutionäre Matrosen die Freiheit wieder.

Zunächst wandte sich Knief nach Dresden, wo er eine der aktivsten linksradikalen Gruppen wusste, der er half, in Gestalt des „Kommunist“ eine eigene Zeitung herauszubringen, für die er den programmatischen Eröffnungsbeitrag schrieb. Dann begab er sich zum Matrosenrat nach Cuxhaven, dessen Köpfe Karl Bayer und Eugen Lieby er bereits seit dem Sommer 1916 von illegalen Treffs in Bremen kannte. Daraus erwuchs ein enges Zusammenwirken während der Revolutionsmonate in Bremen. Am 18. November 1918 traf Knief wieder in Bremen ein und war von Stund' an der spiritus rector jener Kräfte, die das bis dahin von der Revolution Erreichte zu einer sozialistischen Revolution weiterführen wollten. Enttäuscht, dass die herbeigesehnte Revolution „nur“ bürgerlich-demokratische Ziele erreicht hatte. und beeindruckt von der vorwärts treibenden Massenbewegung in Bremen mit ihrem Werftarbeiter-Kern, sah er die Chance, die gesamte politische und militärische Macht bei den Arbeiter- und Soldatenräten zu konzentrieren. Folglich lehnte er jeden Gedanken an die Wahl einer Nationalversammlung ab. Er maß ausschließlich mit der Elle einer sozialistischen Revolution, die nicht nur die Verhältnisse in Deutschland fundamental ändern, sondern auch den Bestand und den Erfolg der russischen Revolution sichern und das Signal für die Ausbreitung der Weltrevolution gen Westen sein sollte.

Mit seiner unter dem Pseudonym Peter Unruh im Dezember 1918 geschriebenen, aber erst im Januar 1919 veröffentlichten Broschüre „Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution“ hinterließ Knief eine komplexe Zusammenfassung seiner Beurteilung der Novemberrevolution. Sie ist geprägt von der „heroischen Illusion“ der linken Strömung in der Revolution, von der Überschätzung der Möglichkeiten, unter den realen Gegebenheiten und Kräfteverhältnissen über deren progressive Ergebnisse – eine demokratisch-parlamentarische Republik statt der Monarchie, demokratisches Wahlrecht, Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner der Unternehmer, Achtstundenarbeitstag usw. – hinauszukommen. Knief beklagte, die Revolution sei in die Hände der Mehrheitssozialdemokratie gefallen, die schon vor dem Kriege und erst recht mit dem 4. August 1914 ihren Charakter als Umsturzpartei verloren hatte. Mit ihrem Verhalten in der Revolution bewahre sie Kontinuität. Wörtlich: „Nicht ein Verrat der Führer liegt hier vor, sondern eine ganz konsequente Entwicklung.“ Die Führung der USPD hingegen habe sich nicht als Alternative erweisen können, weil sie legale Kampfmittel stets höher bewertete als Massenaktionen. Und wieder wörtlich: „Haben die Sozialdemokraten die Kriegspolitik grundsätzlich mitgemacht, so haben die Unabhängigen diese Kriegspolitik nicht grundsätzlich bekämpft.“ In der Revolution seien beide Parteien ein Bündnis eingegangen, das sich wiederum mit den alten Gewalten verbunden habe. Dies habe

diesen, auch den bürgerlichen Parteien, die Chance eröffnet, sich neu zu sammeln und nunmehr heuchlerisch in den Dienst der ungeliebten Republik zu treten.

Der reale Verlauf der Revolution gab Kniefs lange gehegten Hoffnungen auf die geschlossene Aktionsfähigkeit der Arbeitermassen den finalen Schuss. Nun erkannte er, die Arbeiterklasse sei sozial wie in ihren Interessen nicht homogen, wie die Spaltung ihrer politischen Partei bewiesen habe. Wenn aber die Arbeiterklasse als Ganzes nicht aktionsfähig sei, dann könnten auch Arbeiterräte, die eine bunte Gefolgschaft haben, nicht aktionsfähig sein. Folglich müssten alle nicht für die Weiterführung der Revolution eintretenden Mitglieder aus den Räten entfernt werden. Nur die klassenbewusstesten Arbeiter seien zu bewaffnen, damit die Avantgarde die eigentliche, die sozialistische Revolution in Angriff nehmen könnte. Im Gegensatz zu seinen noch während des Krieges vertretenen Positionen, verzichtete er auf die Gewinnung der Mehrheit und glaubte an die Möglichkeit, eine avantgardistische Minderheit könnte die Interessen einer Mehrheit durchsetzen.

Knief negierte die – freilich nicht mit den Maßstäben der repräsentativen parlamentarischen Parteiendemokratie zu messende – Demokratie-Auffassung, die dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ innewohnt, nämlich Herrschaft der bisher unterdrückten Mehrheit durch die bisher unterdrückende Minderheit. Knief demonstrierte das von den Linken in der Revolution nicht bewältigte Problem, das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus zu definieren, Demokratie nicht nur unter dem empirischen Gesichtspunkt negativer Erfahrungen der Arbeiterbewegung mit dem Parlamentarismus der Kaiserzeit zu erörtern und Vorstellungen von sozialistischer statt bürgerlicher Demokratie nicht nur in ausschließlicher Diskontinuität zur Entwicklung menschlicher Freiheiten und Rechte zu diskutieren. Die in der Revolution gegeneinander gebrauchten Schlagworte „Ohne Demokratie kein Sozialismus“ und „Ohne Sozialismus keine Demokratie“ wurden nicht zu einer Synthese geführt. Eine Mehrheit hielt die repräsentative parlamentarische Demokratie für alternativlos; eine starke Minderheit dachte über Wege zur Verbindung dieses Demokratietyps mit Elementen einer politischen Basisdemokratie und einer Wirtschaftsdemokratie nach. Eine kleine Minderheit wollte, wie auch Knief, alles oder nichts, sah jeglichen demokratischen Fortschritt ausschließlich an sozialistische Gesellschaftsstrukturen gebunden.

Von Kniefs Positionen waren auch die Bemühungen der Linksradikalen bestimmt, nun in der Revolution endlich die angestrebte selbständige Partei der Linken zu schaffen. Auf Kniefs Vorschlag nannte sich der ja außerhalb der SPD bestehende Sozialdemokratische Verein Bremen ab 23. November 1918 „Internationale Kommunisten Deutschlands, Ortsgruppe Bremen“. „Der Kommunist“ hieß die von Knief seit dem 27. November herausgegebene Tageszeitung. Den Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) trug die vom 15.-17. Dezember 1918 in Berlin von Knief und seinen Anhängern im

Reich gegründete Partei, die bereits am 24. Dezember ihre zweite Reichskonferenz abhielt. In den programmatischen Dokumenten hieß es: „Wir... wollen keine Demokratie“, sondern „die Diktatur ... des industriellen Proletariats.“ Die „unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus“ wurde zum Nahziel erklärt. Die Diktatur des Proletariats wurde als Prinzip der Gewalt einer Minderheit der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie verstanden. Die Absage an Demokratie in Bezug auf die Staatsgestaltung war jedoch konterkariert durch die Hochschätzung von Basisdemokratie im innerparteilichen Leben. Für die angestrebte neue Partei hatten die Bremer Linken schon 1917, so wörtlich, „reine Demokratie“ verlangt, „das heißt Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem einzelnen.“ Das Verhältnis zwischen Massen und Führern definierte die „Arbeiterpolitik“ so: „Massenbewegungen können nicht führerlos sein, aber sie können auch keine Führerbewegungen sein... Die Masse hastet und drängt und mitten unter ihr der Führer, kaum hervorgehoben, anfeuernd, mitreißend, zielweisend!“

Genauso hat Knief seine Rolle in der Arbeiterbewegung stets aufgefasst. Nach der russischen Oktoberrevolution bezeichnete Knief eine Partei nach dem Vorbild der Bolschewiki auch für Deutschland als dringend nötig. Gemeint aber waren deren revolutionäres Konzept, die Handlungsfähigkeit des Kerns der Revolutionäre, nicht die Organisationsstruktur nach den Prinzipien zentralistischer Führung. Folgerichtig bekannten sich die IKD in Abgrenzung vom Spartakusbund zu einem dezentralisierten, föderalen Parteaufbau. Zentralisation sei mit selbständigem Handeln der Basis nicht vereinbar. Einheitlichkeit der Aktion sei zwar eine Grundbedingung, sie sei aber nur in der „geistigen Einheit“ der Bewegung bei völliger Selbständigkeit der einzelnen Gruppen garantiert. Die IKD begründeten ihre Weigerung, sich organisatorisch dem Spartakusbund anzugliedern u. a. mit dem Hinweis, dass sie für eine „selbständige, wesensneue, dezentralistische Organisation“ seien.

Als sich Spartakus und die IKD schließlich auf ihrer gemeinsamen Konferenz um die Jahreswende 1918/19 zur KPD konstituierten, begrüßte Knief dieses Ereignis enthusiastisch. Er sah sich nach mancherlei Irrungen und Wirrungen am Ziel seiner seit 1916 verfolgten Absicht, alle deutschen Linken in einer Partei zusammenzuführen. Alles, was dem bis dahin entgegengestanden habe, sei nun ausgeräumt. Nur ein noch strittiges und künftig zu lösendes Problem mahnte er an: das Verhältnis von Selbständigkeit der Basis und zentraler Führung der Bewegung, wobei er eindeutig Organisationsaufbau und Willensbildung von unten nach oben favorisierte.

Wegen seines beharrlichen Drängens auf die Gründung der Partei muss man Knief zu ihren Mitgründern zählen, auch wenn er kein Teilnehmer des Gründungsparteitages war. Eine akute Blinddarmentzündung ließ für den durch die Revolutionsstrapazen ohnehin stark Geschwächten keine neuerliche Reise nach Berlin zu. Aber wäre er gesund gewesen, hätte er ein Mandat seiner Bremer IKD-Gruppe nicht wahrnehmen können. Diese nämlich hatte ihre Delegierten verpflichtet, auf der Konferenz gegen die Teilnahme

der Kommunisten an den Wahlen zur Nationalversammlung zu stimmen. Kniefs Fähigkeit, in der Entwicklung zu lernen, veranlasste ihn, in dieser Frage seiner Organisation zum ersten Mal entschieden zu widersprechen. Sein „Tunnelblick“ auf Perspektiven, Möglichkeiten und Garantien einer sozialistischen Revolution ließ durchaus Sensibilität gegenüber neuen Erfahrungen zu. Er sprach sich gegen die Mehrheit seiner Genossen für die Beteiligung der Kommunisten an der Wahl am 19. Januar 1919 aus. Ihr Zustandekommen war ihm ein Beweis für die Stärke der Gegenrevolution, für die schwindenden Aussichten, die Revolution weiterzuführen. Also müsse man, so folgerte er, die Wahlen zur Aufklärung der Arbeiterschaft nutzen. In einem Artikel über die Konsequenzen des Wahlboykotts schrieb er: „Je überhasteter sie sich in Kämpfe verwickelt, desto günstiger sind die Aussichten der Reaktion, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und ihre Schwäche auszunutzen.“ Er lehne es ab, Argumente der Gegner im Tumult zu ersticken, sie müssten widerlegt werden. Kommunisten hätten dafür zu sorgen, dass nur für erreichbare Ziele demonstriert werde. Jede „Demonstration in die blaue Luft hinein“ müsse verhindert werden. Und vom Krankenbett aus riet er seinen Genossen im Januar 1919, den Berliner Aufständischen nicht durch eine isolierte Machtübernahme helfen zu wollen.

Als in Bremen dennoch die Räterepublik proklamiert wurde, wählte man Knief zu einem ihrer Volkskommissare. Hoffnungen auf seine Genesung erfüllten sich nicht. Zu spät operiert, konnte er das Krankenzimmer nicht mehr verlassen. Als die Freikorps die Räterepublik liquidierten, erlitt er die Strapazen eines Transports nach Worpswede, wo ihn der Maler Heinrich Vogeler auf seinem Barkenhoff versteckte. Nach Bremen zurückgebracht, wurde er noch mehrfach operiert. Sein Siechtum endete am 6. April 1919.

Das stürmische, kurze und widerspruchsvolle Leben des gebildeten, kompromisslos agierenden, zwischen revolutionärer Euphorie und Pessimismus hin und her gerissenen Revolutionärs reizt zu Spekulationen über die mögliche Zukunft eines gesunden Knief in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. Aber Spekulieren gehört nicht zum Berufsbild des Historikers. Bestenfalls lässt sich benennen, was er wohl nicht geworden wäre. Knief hatte nie eine Funktion in einer Parteiorganisation inne. Seine Beliebtheit und Autorität beruhte auf seiner Rednerbegabung und auf seinem pädagogischen Geschick, seine Zuhörer am eigenen Nachdenken nachvollziehbar teilnehmen zu lassen. Platte, pathetische Agitation war ihm fremd. Als organisierender Funktionär in einem Parteiapparat war er mit Sicherheit ungeeignet. Als Vertreter eines föderalistischen Parteiaufbaus, in dem basisdemokratische Elemente, eine Willensbildung von unten nach oben in einem dialektischen Lernprozess zwischen Führern und Geführten einen hohen Stellenwert besitzen sollten, hätte er Spitzenpositionen im späteren deutschen Parteikommunismus wohl kaum einnehmen können.

Aber damit ist die Grenze des bereits recht Spekulativen längst erreicht. Das Revolutions- und Gesellschaftskonzept Kniefs und aller Kommunisten ist im 20. Jahrhundert nach seiner völligen Deformation historisch gescheitert. Aber es hieße, die These vom „Ende der Geschichte“ zu akzeptieren, wollte man nicht auch den leidenschaftlichen Irrtum im Streben nach einer nicht profitgesteuerten Gesellschaft respektvoll studieren und aus ihm Einsichten für die Weiterentwicklung politischer und wirtschaftlicher Demokratie gewinnen. So gesehen haben Manfred Asendorf und Rolf von Bockel meine Zustimmung, wenn sie Johann Knief in ihrem Buch „Demokratische Wege in Deutschland. Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten“ einen Platz einräumen. Zu den „demokratischen Wegen“ gehören auch Ab-, Irr- und Seitenwege in den Lebensgeschichten ihrer pluralistischen Protagonisten. Sie beziehen auch auf Knief ihre Absicht, „solchen Personen Aufmerksamkeit zu schenken, von denen zu vermuten ist, dass ihre engagierte Teilhabe am Gemeinwesen, so unterschiedlichen Überzeugungen sie auch verpflichtet waren, Bausteine liefern können für eine kritische Bestandaufnahme demokratischer Entwürfe in Vergangenheit und Zukunft.“

E-Mail: Engel <evagerhangelus@web.de>